Stellungnahme G20-Gipfel

AntragstellerIn:

RCDS Freiburg

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge folgende Stellungnahme beschließen:

Am Wochenende des siebten und achten Julis fand in Hamburg der G20-Gipfel statt. Während zehntausende Menschen auf friedliche und bunte Weise demonstrierten, kam es von Seiten eines aus mehreren tausend Vermummten bestehenden "schwarzen Blocks" zu einem erschütternden Ausmaß von Gewalttätigkeiten.

Der Studierendenrat der Uni Freiburg begrüßt es sehr, wenn Menschen ihre Möglichkeiten der demokratisch-gesellschaftlichen Teilhabe dafür nutzen, um für ihre Überzeugungen in friedlichen Demonstrationen einzutreten. Voraussetzung für ein geordnetes und friedfertiges Zusammenleben aller ist jedoch, dass jegliche Form gesellschaftspolitischer Partizipation ohne Gewalt erfolgt.
Wenn jedoch unter dem Deckmantel der Kapitalismuskritik Autos Unbeteiligter angezündet, Läden Wehrloser geplündert und Wohnungen Schlafender verwüstet werden, ist das eine widerliche Darstellung von politischem Extremismus und keine zulässige Form des Protestes. Es pervertiert zugleich Aktionen derjenigen, die in Hamburg mit zahlreichen friedfertigen Mitteln versucht haben, etwas zu verändern.
Der Studierendenrat distanziert sich daher von jeglicher Spielart des politischen Extremismus und jeglicher Form politischer Gewalt.

Begründung:

Am letzten Wochenende wurden aus Hamburg erschreckende Bilder in die ganze Welt gesendet.
Der G20-Gipfel dient eigentlich dem Austausch der wichtigsten Staaten und Regierungen, die gemeinsam 2/3 der Weltbevölkerung und 90% des Weltweiten BIPs vertreten.
Über die Form und den Ort des Gipfels, sowie die Teilnehmerländer bestand durchaus Diskussionspotenzial. Es ist daher sehr positiv, dass so viele Menschen motiviert waren, anlässlich des G20-Gipfels gegen aktuelle weltweite Probleme friedlich zu demonstrieren. Ein solches Ereignis soll auch Grund zur Stellungnahme

unterschiedlicher Ansichten sein.
Leider haben aber viel zu viele politisch Verwirrte diesen Gipfel zur Rechtfertigung genommen, ihrem Drang zu widerwärtigen Gewaltexzessen nachzugehen. Sie glauben zu Unrecht, dass ihr Anliegen -sofern es nicht nur vorgeschoben ist- jegliches Mittel rechtfertigt. "Welcome to hell" war anscheinend ihr Versprechen, welches am Wochenende wahrwerden sollte.
Sicherlich kann man teilweise auch das Vorgehen von Politik und Polizei kritisieren. Menschen, die eine ganze Stadt in Brand-setzen, finden jedoch für ihr Verhalten nirgendwo eine Rechtfertigung.
Um diejenigen, die sich zahlreich friedlichen Protestes bedienen, nicht von jenen vereinnahmen zu lassen, die ausschließlich Gewalttaten beabsichtigen, gilt es sich als demokratisches Gremium von Letzteren deutlich zu distanzieren.

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).